

NACH DEM WASSERKRIEG

Mit massiven Protesten erreichten Bürgerorganisationen in Lateinamerika, dass die Liberalisierung und Privatisierung des Wassermarktes gestoppt wurden. Die Konflikte um die Wasserversorgung haben das Bewusstsein geschärft, nicht aber die Probleme beseitigt. Jetzt braucht es neue Lösungen für den nachhaltigen Betrieb von Wasserwerken.

Von Richard Bauer

«Ich bin überzeugt, dass Trinkwasser – Wasser ganz allgemein – kein privates Geschäft sein darf, sondern eine öffentliche Dienstleistung sein muss», sagt Evo Morales, der erste Präsident Boliviens mit indigenen Wurzeln. Der streitbare populistische Politiker begründet so die Kündigung der Verträge mit der privaten Betreibergesellschaft der Trinkwasserversorgung von La Paz und der Satellitenstadt El Alto. Er weiss dabei die überwiegende Mehrheit der Bolivianer hinter sich. Die Bürgerinnen und Bürger protestierten mit Demonstrationen, Streiks und Strassenblockaden gegen die schlechte Wasserversorgung und die hohen, weil an den Dollar gebundenen Preise für Trinkwasser.

Privatisierung als Sackgasse

Ende der Neunzigerjahre hatte die neoliberale Regierung beschlossen, die defizitären, von Korruption und Ineffizienz geplagten öffentlichen Wasserwerke Boliviens zu privatisieren. Sie handelte damit im Einklang mit Richtlinien der Weltbank. Der Versuch scheiterte am Widerstand einer erstarkenden, immer besser organisierten und vernetzten Bürgerbewegung. Die beiden wichtigen

Konzessionen für die Versorgung mit Trinkwasser im Andenland, diejenige für die Provinzstadt Cochabamba sowie diejenige für La Paz/El Alto, wurden 2000 beziehungsweise 2005 zurückgenommen. Die beiden transnationalen Wasserkonzerne Bechtel und Suez Lyonnaise des Eaux mussten das Land verlassen.

«Die Politiker in der Hauptstadt wollten uns das Recht nehmen, unser Wasser wie seit alters her zu verwalten.»

Rufino Zapeta, Maya-Vertreter

Die Bolivianer sprechen vom Krieg ums Wasser, «la guerra del agua». Dieser wurde nicht nur auf den Strassen und Plätzen Boliviens ausgefochten. Vor allem die Auseinandersetzungen um die Privatisierung der Wasserversorgung in Cochabamba lösten eine internationale Sympathiewelle aus. Entwicklungsorganisationen und Globalisierungsgegner

nutzten die Gelegenheit, um an einem konkreten Beispiel die Exzesse des globalen Kapitalismus und der Liberalisierung der Märkte an den Pranger zu stellen. In aller Deutlichkeit zeigte sich, wie schwierig es ist, die keineswegs deckungsgleichen Interessen auf Profit erpicht internationaler Konzerne und armer Entwicklungsländer unter einen Hut zu bringen. Konflikte sind programmiert, wenn die Wasserversorgung von einem Tag auf den anderen selbsttragend sein soll. Denn für das Budget einer bolivianischen Familie ist es entscheidend, ob sie monatlich ein paar Dollar mehr für Trinkwasser ausgeben muss.

Die gescheiterte Liberalisierung und Privatisierung des Wassermarktes haben in eine Sackgasse geführt. Denn die Konflikte haben das Bewusstsein der Bürger in Lateinamerika geschärft, nicht aber die Probleme gelöst: Wie kann man den Zugang zu Trinkwasser regeln und die Versorgung von Gemeinden und Städten langfristig absichern?

Gratisgeschenk der Natur?

Selbst gut gemeinte Privatisierungsvorhaben für Trinkwassersysteme oder die Bewässerung landwirtschaftlich genutzter Böden können in Lateinamerika scheitern – nicht nur an wirtschaftlichen Realitäten, auch an kulturellen Vorstellungen. Vor allem bei den indigenen Völkern, seien es die Maya in Guatemala oder die Aymara in Bolivien, ist die Überzeugung tief verwurzelt, Wasser sei ein Geschenk der Natur und keine Handelsware. Das sagt auch Rufino Zapeta, ein Maya aus dem Hochland von Totonicapán. Als in Guatemala massive Proteste der indigenen Bevölkerung den Entwurf für ein nationales Wassergesetz

zu Fall brachten, gehörte er dem Komitee an, das den Widerstand organisierte.

Den Höhepunkt erreichten die Manifestationen, als am 9. September 2005 gegen 50'000 Bauern und Dorfbewohner aus 48 Gemeindebezirken bei der Ortschaft Cuatro Caminos die wichtigste Strassenkreuzung für den Durchgangsverkehr nach Mexiko blockierten. «Wir fühlten uns vom Parlament verschaukelt», erklärt Zapeta. Trotz einem Vernehmlassungsverfahren, an dem die selbstverwalteten indigenen Gemeinden teilnehmen konnten, sei man nicht auf deren Einwände eingegangen. Die Proteste führten dazu, dass der Gesetzesvorschlag bis heute auf Eis liegt.

«Die Politiker in der Hauptstadt wollten uns das Recht nehmen, unser Wasser wie seit alters her zu verwalten», sagt Zapeta empört. Vor allem zwei Bestimmungen weckten den Argwohn der Indigenen: Zum einen sollte erstmals ein Kataster aller Wasserquellen erstellt werden. Zum anderen wollte man dem Staat die Kompetenz übertragen, die Konzessionen und den Wasserpreis zu regulieren, um dem Verschleiss des immer knapper werdenden Gutes vorzubeugen. Was aus staatlicher Sicht ein sinnvolles Umweltanliegen ist, weckte bei der seit der Kolonisierung durch die Spanier geknechteten und immer wieder betroffenen Urbevölkerung Ängste. «Wir sahen in diesem Gesetz den ersten Schritt zur Nationalisierung des Wassers und mussten befürchten, dass in einem zweiten Schritt Konzessionen über unsere Wasserquellen an private Grundbesitzer und Unternehmen vergeben würden», kommentiert Zapeta.

Auch fortschrittliche Parlamentarier mit grünen Interessen zeigten sich überrascht, als der Gesetzesvorschlag bei der Maya-Bevölkerung auf derart vehementen Widerstand stiess. Vergeb-



© KEystone/LAIF/HEIKO MEYER

Wasser wird zur umkämpften Ressource: Bewachung einer Wasserleitung bei Mexico City.



© REUTERS/Guillermo Gramja

Die Wasserkriege sind nicht überall vorbei: In Ecuador gingen im Herbst 2009 Menschen gegen die Privatisierung und die Entmachtung der lokalen Wasserräte auf die Strasse.

lich versuchten sie die Gegner davon zu überzeugen, dass die Wasserrechte der indigenen Gemeinden nicht vom Gesetz tangiert würden, weil diese als Kommunalbesitz in der Verfassung geschützt seien. Gemeindevorsteher argumentierten mit Erfolg, sie seien die besseren Hüter von Wald und Wasserreserven als käufliche Politiker und Staatsbeamte. Schliesslich war es den Maya-Gemeinden in der walddreichen Region um Totonicapán gelungen, den meist kommunal verwalteten Wald besser zu erhalten als in anderen Landesteilen.

Zankapfel Wassermesser

Wo der Preis für Benzin, Grundnahrmittel oder Wasser erhöht wird, drohen Volksproteste und politische Unruhen. Da haben auch Bürgermeister und Gemeinderäte einen schweren Stand, wenn sie die maroden, schlecht gewarteten Trinkwassersysteme sanieren und dazu die Wassernutzer zur Kasse bitten wollen. Vielerorts sucht man nun nach bürgernahen Lösungen, denn die radikale Privatisierung von Wasserwerken ist aus politischen Gründen vom Tisch und die Verwaltung durch korrupte und wenig effiziente öffentliche Betreiber verpönt.

In kleineren Dörfern finden genossenschaftliche Selbstverwaltungsformen Eingang. Dafür werden Nutzergemeinschaften ins Leben gerufen, die den Betrieb der Trinkwasserversorgung langfristig garantieren sollen. Häufig fördern Entwicklungsorganisationen solche Modelle. In grösseren Agglomerationen werden Modelle von Public Private Partnership ausprobiert.

Schlechte Erfahrungen hat Manfred Juárez gemacht. Er überwacht für eine staatliche Entwicklungsbehörde die Installation von Trinkwassernetzen. Überall hat er in den Kostenvoranschlägen Wassermesser vorgesehen und auf Vorrat eingekauft. Doch in der Hälfte der Gemeinden war der Protest derart laut, dass auf den Einbau verzichtet werden musste. «Krasse Fehlinvestition», kons-



Zähler helfen beim Wassersparen: In Ixchiguán liess sich die Bevölkerung von den Vorteilen überzeugen.

tatiert der in der Region aufgewachsene Bauingenieur mit Bedauern.

«Die Leute glauben, das Wasser komme von Gott. Woher die Röhren stammen, wollen sie nicht wissen», sagt auch Jerónimo Navarro, Bürgermeister der guatemaltekischen Gemeinde Ixchiguán, wo Helvetas die Verbesserung des Trinkwassernetzes unterstützt. Seit Jahren leistet er Überzeugungsarbeit. Er hat an Versammlungen vorgerechnet, was das öffentliche Wasserwerk die Gemeinde kostet und wie klein der Eigenbeitrag der Wasserbezügler ist. Für Navarro ist klar, dass die Subventionen zurückgefahren werden müssen. Als kleine Revolution bezeichnet Navarro deshalb, dass ihm die Einführung von individuellen Wasserzählern gelungen ist. Die Nutzer haben nach etlichem Widerstand zugestimmt. Er setzte stets darauf, dass gut informierte Bürger eher bereit sind, für ihr Trinkwasser mitzubezahlen.

Richard Bauer ist Journalist und beschäftigt sich mit Entwicklungsfragen.

Gastkommentar

Recht auf Wasser

Man kann Erdöl durch Windenergie ersetzen und das Auto durch den Zug, aber für Wasser gibt es keinen Ersatz. Ohne Wasser ist die Erde ein toter Planet. Weil Wasser unersetzlich ist, ist es ein öffentliches Gut, eine Ressource, die niemandem vorenthalten werden darf. Der Zugang zu Wasser muss ein Recht für alle sein – der Zugang zu Wasser wohlgemerkt, nicht dessen Verschwendung oder Verschmutzung.

Heute müssen fast eine Milliarde Menschen ohne sauberes Trinkwasser auskommen. Und 2,6 Milliarden Menschen stehen keine genügenden sanitären Anlagen wie Latrinen zur Verfügung. Nichtsdestotrotz werden die dominanten wirtschaftlichen Akteure nicht müde, die Vermarktung des Wassers und die Privatisierung der Wasserversorgung voranzutreiben. Sie behaupten, man müsse dem «blauen Gold» einen Geldwert geben, damit Wasser für alle garantiert sei. Dies erlaubt den internationalen Wasserkonzernen, grosse Profite zu erwirtschaften. Aber was ist mit den Milliarden von Menschen, die zu wenig Wasser für ein würdiges Leben haben, hauptsächlich weil sie arm sind und obwohl sie möglicherweise in wasserreichen Gebieten leben? Statt höhere finanzielle Erträge anzustreben, müssen wir alles daran setzen, Wasser effizienter zu nutzen. Nicht das Prinzip «mehr Geld pro Tropfen», sondern «mehr Leben pro Tropfen» muss unserem Umgang mit diesem lebenswichtigen Gut zu Grunde liegen.

Riccardo Petrella, Politologe und Menschenrechtskämpfer, Professor für Humanökologie an der Universität der italienischen Schweiz und Gründer des internationalen Komitees für einen Weltwasservertrag.

